

Eingegangen

01. April 2015

Büro OB- StVA

AUB/SUB

DIE LINKE

Antragsgegenstand

Zur Vorlage III-001/15 „Richtlinie Vollzeitpflege“

Gestaffelte Absenkung der Pflegegeldpauschalen im Zeitraum von drei Jahren in drei gleichmäßigen Schritten

Inhalt des Antrages

Die Begründung zur Vorlage stellt dar, dass die Erhöhung der Pflegegeldpauschalen im Jahr 2009 nicht den erhofften Effekt gebracht hat.

Aus der Sicht der Antragsteller ist es gegenüber den Pflegefamilien, die bisher Empfänger der Pauschalen waren, eine besondere Härte, wenn der Betrag schlagartig um rund 300,00 Euro sinkt. Die Familien sollen mit der Staffelung der Absenkung die Möglichkeit erhalten, ihre Haushaltsplanungen leichter anzupassen.

Eventuelle Angleichungen entsprechend der Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge sollen unabhängig davon Beachtung finden.

Begründung

Am 16.12.2009 (III-024-14/09) wurde eine Erhöhung der Pflegegelder der Richtlinie, „Hilfe zur Erziehung in Form von Vollzeitpflege“ (Standards, Kriterien und Finanzierung der Vollzeitpflege), von 50% über den empfohlenen Pflegegeldsätze des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. beschlossen. Ziele dieser Maßnahmen waren:

1. die Absicherung der Versorgung und Betreuung eines Pflegekindes infolge steigender Lebenshaltungskosten
2. Gewinnung mehr geeigneter Pflegepersonen für die Unterbringung einer größeren Anzahl von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien, als alternative zur Heimerziehung.

Positive Effekte der Maßnahmen sollten zum einen Einsparungen im Haushalt (Heimkinder kosten das Fünffache gegenüber Pflegekindern) und zum anderen eine erhöhte Qualität der Erziehung sein.

In Bezug auf die Erziehungsqualität bei der Pflege der Kinder war die Entscheidung im Jahre 2009, nach Berichten mancher Cottbuser Pflegeeltern, die richtige Maßnahme. Qualitativ hochwertige Erziehung und eine enge Betreuung, ist, wie jeder weiß, ohne Zeitaufwand nicht zu leisten. Dies führte des Öfteren zu Verzicht auf berufliche Karrieremöglichkeiten oder Vollzeittätigkeiten in der Arbeitswelt. Eine Erhöhung der Grund- und Erziehungsbeiträge um ca. 300€ milderte ungemein die dadurch entstandene monetäre Lücke vieler Pflegeeltern.

Leider konnte die Anzahl der tätigen Pflegefamilien nicht bedeutend erhöht werden. Auch die Zahl der Heimunterbringungen konnten nicht signifikant gesenkt werden. Die erhoffte Einsparung oder Deckelungen der Heimpflege für die Vollzeitpflege fand nicht statt.

Lösungsvorschlag:

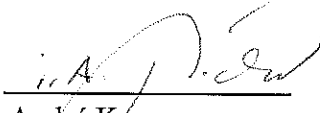
Die Pflegegelder sollen in den nächsten 3 Jahren Stufenweise herabgesetzt werden bis die empfohlenen Pflegegeldsätze des Deutschen Vereins erreicht sind. Vorteile dieses Vorgehens wären.

1. Die Gewährleistung einer gewissen Planungssicherheit für die Pflegefamilien.
(langsame Anpassung)
2. Die Entlastung des kommunalen Haushaltes erfolgt in drei Schritten.

Um die Qualität der Betreuung der Pflegekinder dennoch auf einem möglichst hohen Stand zu halten, sollte pro Jahr eine Pflegeelternkonferenz stattfinden. Dies würde die Kommunikation zwischen Pflegeeltern und Kommune stärken und Barrieren und Missverständnisse abbauen. Außerdem sollten Pflegeeltern leichteren Zugang zu Informationen bekommen, in diesem Zusammenhang sind spezielle Schulungen, besonders zum Thema psychische Erkrankungen erforderlich.



Torsten Kaps
(AUB/SUB)



André Kaun
(DIE LINKE)